



## Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 06.03.2013

### Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 25.02.2013, 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Tayfun Keltek LDK

#### Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Herr Ekrem Ceylan	
Frau Ebru Coban	KL
Herr Mevlüt Ekinci	KIM
Herr Ali Esen	LB
Herr Vedat Günes	
Frau Filiz Kalaman	
Herr Turan Özküçük	LDK
Herr Tekin Parmaksiz	SPD
Herr Dimitri Rempel	Einheit
Herr Ilhan Uzun	Mevlana

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Efkan Kara	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion
Herr Jörg Uckermann	pro Köln
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.

### **Verwaltung**

Frau Dagmar Dahmen  
Frau Ina-Beate Fohlmeister  
Frau Beigeordnete Henriette Reker  
Frau Kerstin Simon                      Vertretung für Frau Dr. Blüggel  
Herr Andreas Vetter

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates**

Herr Özkan Aksoy	Aksoy	
Herr Fevzi Bayrak	LB	
Frau Barbara Brunelli	GOL	entschuldigt
Frau Antonella Giurano	Bunte	entschuldigt
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL	entschuldigt
Herr Serkan Kirli	Mevlana	
Frau Minu Nikpay	KÖBES	entschuldigt
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA	

### **Verwaltung**

Frau Dr. Beate Blüggel

Der Vorsitzende Herr Keltek begrüßt die Anwesenden.

Herr Keltek teilt mit, dass Herr Detjen als Nachfolger für die ausgeschiedene Frau Senol neues Mitglied für die Fraktion Die Linke im Integrationsrat ist.

Anschließend erteilt Herr Keltek Frau Fohlmeister das Wort für eine persönliche Erklärung.

Frau Fohlmeister verabschiedet sich von den Mitgliedern des Integrationsrates, da sie zum 1. April in eine andere Dienststelle wechseln wird. Sie beschreibt rückblickend die wechselvolle Zeit ihrer Tätigkeit im Interkulturellen Referat und dankt dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Integrationsrates, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Interkulturellen Referat, der ehemaligen Beigeordneten Frau Bredehorst sowie der Beigeordneten Frau Reker für die Zusammenarbeit und wünscht alles Gute für die weitere Arbeit.

Der Vorsitzende Herr Keltek hebt die freundschaftliche und solidarische Ebene der Zusammenarbeit hervor und dankt im Namen der Mitglieder des Integrationsrates für die langjährige Unterstützung durch die Verwaltung und Frau Fohlmeister.

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet von einer am 23. März von Pro Köln geplanten ‚Volksinitiative gegen Asylmissbrauch‘ vor Flüchtlingswohnheimen in Poll, der Innenstadt und Weiden. Da ähnliche Aktionen auch in anderen Städten geplant seien, wird der Landesintegrationsrat hierzu in Kürze eine entsprechende Broschüre zur Versachlichung des Themas veröffentlichen. Herr Keltek verurteilt sehr deutlich, dass mit einer Demonstration vor den Wohnorten der Flüchtlinge, diese ohnehin verunsicherten Menschen weiter verunsichert werden würden.

RM Herr Uckermann erläutert umfänglich die geplanten Veranstaltungen, deren Intention und skizziert künftige Entwicklungen.

RM Herr Jung weist die Einlassung von Herrn Uckermann sehr deutlich zurück und kritisiert und verurteilt die von Pro Köln geplanten Veranstaltungen.

Auf Antrag von RM Herr Helling entscheidet das Gremium mehrheitlich den Schluss der Debatte.

Der Vorsitzende Herr Keltek weist auf die ausgelegten Informationen

- ‚ZMI-Magazin‘ (mit einem Bericht zur Veranstaltung des Integrationsrates ‚Mehrsprachigkeit im Gespräch‘),
- Broschüre ‚Förderschulzuweisung was tun?‘,
- Neuauflage des Informationsflyers zum Integrationslotsenprojekt hin.

Ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu TOP 5.1 wird auf die Tagesordnung aufgenommen.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit - Bilingualer Unterricht am Beispiel der Grundschule Alzeyer Straße / Frau Ehrngruber (Schulleiterin)

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
  - 1.1 Stellungnahme der Expertengruppen zur Umsetzung des Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft  
0578/2013
- 2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
  - 3.1 Anfrage zur Adoption muslimischer Kinder  
AN/0183/2013

## **4 Mitteilungen**

- 4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2012  
0123/2013
- 4.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013"  
4457/2012
- 4.3 Optimierung der Arbeit in den Bezirksausländerämtern  
0422/2013
- 4.4 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020  
4663/2012
- 4.5 Veröffentlichung der Broschüre "Rat & Hilfe bei Diskriminierung und Rassismus. Ein Wegweiser für Anlauf- und Beratungsstellen in Köln"  
0579/2013
- 4.6 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2013  
0531/2013

## **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 5.1 Antrag auf Durchführung einer Gedenkveranstaltung anlässlich des rassistischen Brandanschlags in Solingen  
AN/0175/2013
  - 5.1.1 Änderungsantrag zu TOP 5.1  
AN/0228/2013
- 5.2 Antrag auf Prüfung der organisatorischen Zusammenfassung des Themas Integration zu einem Amt für Integration; Berücksichtigung weiterer Unterlagen  
AN/0187/2013

## **6 Berichte**

- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

## **7 Beschlussvorlagen**

- 7.1 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs für die Jahre 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und sonstiger Anlagen  
0426/2013

- 7.2 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner  
den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen  
0441/2013
- 8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des  
Integrationsrates**
- 9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrati-  
onsrates**

## I. Öffentlicher Teil

### **Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit - Bilingualer Unterricht am Beispiel der Grundschule Alzeyer Straße / Frau Ehrngruber (Schulleiterin)**

Die geplante Vorstellung kann nicht stattfinden und wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

#### **1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**

##### **1.1 Stellungnahme der Expertengruppen zur Umsetzung des Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 0578/2013**

RM Herr Helling hält die Ankündigung der Expertengruppen, aufgrund der geplanten Einsparungen im Integrationsbereich nicht mehr weiter an der Umsetzung des Integrationskonzeptes mitarbeiten zu wollen für katastrophal hinsichtlich des Gesamtprozesses einer Umsetzung des Konzeptes. Hiermit würde von den drei das Konzept tragenden Organisationseinheiten ‚Steuerungsgruppe der Verwaltung‘, ‚Interkulturelles Referat‘ und ‚Expertengruppen‘ eine wesentliche Einheit wegfallen. Das Integrationskonzept gerate hierdurch in eine heftige Krise und er bittet die Verwaltung dringend entsprechende Lösungsmöglichkeiten zur Behebung dieser Krise zu erarbeiten und vorzustellen.

RM Herr Detjen unterstützt den Beitrag von Herrn Helling, verweist auf eine ähnliche Stellungnahme der Wohlfahrtsverbände zur Sozialpolitik und bittet den anwesenden Herrn Pröbß (Kölner Flüchtlingsrat) als Mitglied einer der sieben Expertengruppen, um konkrete Erläuterungen.

Herr Pröbß beschreibt, dass es sich bei der Erklärung der Expertengruppen letztlich um zwei Feststellungen und eine Konsequenz handele. Erstens würden mit der Realisierung der Sparvorschläge lange gewachsene Strukturen und Netzwerke der Integrationsarbeit zerschlagen und zweitens sei immer noch keine Antragstellung für die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums erfolgt. Die vor diesem Hintergrund von den Expertengruppen angekündigte Konsequenz einer Einstellung ihrer Arbeit sei keine Verweigerung der Mitarbeit am Prozess des Integrationskonzeptes, sondern die Mitglieder sähen zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn und keine Perspektive in einer Weiterarbeit.

RM Frau Mucuk äußert ihr Verständnis für die Sicht der Expertengruppen und kündigt an, die Fraktion darüber zu informieren.

Die Verwaltung Frau Reker dankt für die grundsätzliche Bereitschaft der Expertengruppen, bei Klarheit über eine Weiterfinanzierung der Integrationsarbeit, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Der Vorschlag von IRM Herr Özkücük einen entsprechenden Antrag an den Rat zu stellen, ist aus formalen Gründen erst in der nächsten Sitzung möglich.

IRM Herr Rempel bezieht sich auf die Beratungen in der Vorbereitungsrunde und rät zu mehr Unterstützung der Expertengruppen seitens des Integrationsrates.

RM Herr Helling schlägt vor, die Stellungnahme der Expertengruppen, zusammen mit dem Auszug aus der Niederschrift aus dem sich die Sicht des Integrationsrates ergebe, an den Herrn Oberbürgermeister und die Fraktionen zu verschicken, verbunden mit dem Ausdruck der Sorge um den weiteren Umsetzungsprozess des ‚Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ und der Bitte an die Verwaltung und die Politik, sich um diese Sache zu kümmern.

Das Gremium stimmt diesem Vorgehen einstimmig zu.

## **2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Es liegen keine beantworteten Anfragen vor

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

### **3.1 Anfrage zur Adoption muslimischer Kinder AN/0183/2013**

Die Verwaltung Frau Fohlmeister weist darauf hin, dass es bei der Fragestellung offensichtlich um das Thema Pflegekinder und nicht um das Thema Adoption gehe.

IRM Herr Rempel berichtet, dass in der Vorbereitungsrunde die Frage der Werbung von Pflegefamilien mit Migrationshintergrund etc. diskutiert worden sei. Zur konkreten Nachfrage in welcher Form dies erfolge, soll die Antwort der Verwaltung abgewartet werden.

Der Vorsitzende Herr Keltek und RM Frau Mucuk verweisen auf eine aktuelle intensive Diskussion des Themas Migrantenkinder und deutsche Pflegefamilien in den türkischen Medien.

Frau Mucuk bittet die Jugendverwaltung darum, bei Beantwortung der Anfrage, die Verfahren im Bereich Pflegekinder durch eine/n Mitarbeiter/in im Integrationsrat vorzustellen.

## **4 Mitteilungen**

### **4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2012 0123/2013**

Auf Nachfrage von Herr Prölß zu der aus seiner Sicht vergleichsweise sehr geringen Zahl von Aufenthaltserlaubnissen für integrierte Jugendliche, erläutert die Verwaltung Frau Dahmen, dass hierzu bereits etliche Gespräche über mögliche Gründe geführt worden seien sowie eine Analyse der Zahlen geplant sei. Es bestehe ein großes Interesse der Ausländerbehörde daran, den § 25a AufenthaltsG flächendeckend umzusetzen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013"  
4457/2012**

Der Vorsitzende Herr Kelttek beschreibt, dass in den Migrantenselbstorganisationen sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet, diese aber in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werde. Er bittet die Mitglieder des Integrationsrates darum, die Information zum Ehrenamtspreis entsprechend an die Migrantenselbstorganisationen weiterzugeben.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.3 Optimierung der Arbeit in den Bezirksausländerämtern  
0422/2013**

Auf Nachfrage von RM Herr Jung wie künftig mit eventuellen Dringlichkeitsfällen am publikumsfreien Mittwoch umgegangen werde, verweist die Verwaltung Frau Dahmen auf die üblichen Regelungen am Wochenende.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.4 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020  
4663/2012**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.5 Veröffentlichung der Broschüre "Rat & Hilfe bei Diskriminierung und Rassismus. Ein Wegweiser für Anlauf- und Beratungsstellen in Köln"  
0579/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Januar 2013  
0531/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**5.1 Antrag auf Durchführung einer Gedenkveranstaltung anlässlich des rassistischen Brandanschlags in Solingen  
AN/0175/2013**



Der Vorsitzende Herr Keltek führt aus, dass der vorliegende Antrag kein Einzelantrag in Köln sei, sondern dass auf Initiative des Landesintegrationsrates bereits in mindestens 15 Städten entsprechende Beschlüsse gefasst worden seien. Er hebt die landes- bzw. bundesweite Bedeutung einer Positionierung gegen Rassismus und Rechtsradikalismus anlässlich dieses Jahrestages hin. Der Landesintegrationsrat werde zur Unterstützung der Durchführung der Gedenkveranstaltung eine Liste möglicher Referenten zum Thema und einen ca. 20-minütigen Film zur Verfügung stellen. Herr Keltek schlägt vor, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion miteinzubeziehen.

RM Herr Jung erklärt, dass seine Fraktion eine Gedenkfeier in der Keupstrasse aufgrund des lokalen Bezuges favorisiere. Er spricht in diesem Zusammenhang die Frage der Finanzierung der Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag des Anschlags in Solingen an.

RM Herr Helling befürwortet den Antrag von Herrn Keltek und sieht in einer solchen Veranstaltung weniger den rückblickenden gedenkenden Charakter, als vielmehr die Möglichkeit die Politik zu sensibilisieren, damit solche schrecklichen Vorfälle nicht erneut passierten. Aus seiner Sicht könne auch der Nagelbombenanschlag in der Keupstrasse und das Verhalten der Bundesbehörden bei diesem Gedenktag miteinbezogen werden. Herr Helling rät dazu, zur Veranstaltung eine Bestandsaufnahme für Köln zu machen, wie erfolgreich die Anstrengungen gegen Rechtsextremismus in den letzten Jahren waren und was künftig noch verbessert werden könne. Hierbei sollte dann auch eine Weiterführung des befristeten Bundesprogramms ‚Toleranz fördern - Kompetenz stärken‘, aus dem unter anderem auch das NS-Dokumentationszentrum bzw. die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus mitfinanziert worden seien, thematisiert werden.

RM Frau Mucuk bezieht sich auf ihren Vorredner und befürwortet ebenfalls die geplante Gedenkveranstaltung in Köln.

Eingehend auf die von Herrn Helling und Frau Mucuk geäußerten Bedenken, ob der Antrag auch eine Ratsmehrheit finden werde, erklärt der Vorsitzende Herr Keltek seinen Antrag nicht diesbezüglich abändern zu wollen und erst im Falle einer Ablehnung durch den Rat, die Gedenkveranstaltung in Eigenregie des Integrationsrates durchzuführen. Er hofft in dieser Angelegenheit auf die Sensibilität aller Mitglieder des Rates.

RM Herr Detjen dankt Herrn Keltek für die Initiative einer Gedenkveranstaltung. Er verweist auf die Öffentlichkeitswirksamkeit, wenn in den Medien über die Menge der zum Jahrestag durchgeführten Veranstaltungen berichtet werde. Bezugnehmend auf den vorliegenden Änderungsantrag schlägt Herr Detjen vor, in der Keupstrasse zum 10. Jahrestag des Anschlages im Jahr 2014 und gerade auch im Hinblick auf die dann stattfindenden Kommunalwahlen, eine parteiübergreifende große Veranstaltung zu planen.

RM Herr Uckermann hinterfragt den Sinn des Antrages aus der Opferperspektive.

RM Herr Jung erklärt die Unterstützung des Antrages von Herrn Keltek unter der Voraussetzung der Durchführung einer Gedenkveranstaltung in der Keupstrasse im Jahr 2014.

Die durch RM Herr Unna gemachten stilistischen Verbesserungen des Antragstextes werden in den Beschlusstext eingearbeitet.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt den Antrag an den Rat zur Abstimmung, mit dem Hinweis, dass im Falle einer Ablehnung des Antrages durch den Rat, diese Veranstaltungen seitens des Integrationsrates durchgeführt werde.

### **Beschluss:**

#### **Durchführung von Gedenkveranstaltungen anlässlich rassistischer motivierter Anschläge in Solingen und in Köln**

Der Rat der Stadt Köln und der Integrationsrat der Stadt Köln führen eine gemeinsame Gedenkveranstaltung am 29. Mai 2013 oder zeitnah, anlässlich des Gedenkens an die Opfer des rassistischen Brandanschlags in Solingen vor zwanzig Jahren durch.

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Durchführung einer Gedenkveranstaltung zum 10. Jahrestag des Nagelbombenanschlags in der Keupstrasse im Jahr 2014. Die Verwaltung soll hierzu geeignete Vorschläge machen und dem Integrationsrat zur weiteren Beratung vorlegen.

#### **Begründung: Der Brandanschlag in Solingen am 29.05.1993. Mahnung und Herausforderung im Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus**

Vor zwanzig Jahren wurden in Solingen fünf Menschen türkischer Herkunft durch einen von Neonazis verübten Brandanschlag ermordet. Diese Mordtat markierte einen der Höhepunkte rassistisch motivierter Brandanschläge, die die politische Diskussion um eine Änderung des deutschen Asylrechts beeinflussten. Die massive Einschränkung des Asylrechts wurde im damaligen Bonner Bundestag drei Tage vor dem Solinger Brandanschlag mit einer Mehrheit der Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD beschlossen.

Die Asylrechtsänderung wurde damals mit Verweis auf einen angeblichen Staatsnotstand aufgrund der rassistischen Alltagsgewalt gerechtfertigt: Richteten sich die neonazistischen Gewalttaten anfänglich noch gezielt gegen Flüchtlinge, so erweiterte sich die Zielgruppe neonazistischer Gewalt im Zuge einer allgemeinen „das-Boot-ist-voll“-Kampagne auf alle, die als „nichtdeutsch“ angesehen wurden. Doch mit der vollzogenen Asylrechtsänderung sind Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt gegen Migranten nicht verschwunden: Heute prägen die rassistischen Mordtaten des neonazistischen NSU das öffentliche Bild eines auch terroristisch agierenden Rechtsextremismus. Zugleich weisen Umfragen auf weit verbreitete rassistische und extrem rechte Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft. Solche Einstellungen werden genährt durch rechtspopulistische Kampagnen gegen Minderheiten, Migranten und Flüchtlinge.

In NRW wie auch bundesweit wird das Engagement gegen Rassismus in erster Linie als repressive Aufgabe gegen rechtsextreme Gewalt verstanden. Der gesellschaftliche Kontext dieser Gewalt bleibt jedoch weitestgehend unbeleuchtet. So steht im politischen Alltagsdiskurs eine grundsätzliche Abkehr von einem historisch geprägten Staatsverständnis immer noch aus – sowohl hinsichtlich des Staatsbürgerschafts- und Wahlrechts als auch hinsichtlich eines grundsätzlichen Selbstverständnisses als Einwanderungsgesellschaft.

Wir wollen der Opfer rassistischer Gewalt in Solingen auch dadurch gedenken, indem wir entschieden eintreten gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für ein respektvolles und gleichberechtigtes Miteinander in unserer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft.

#### **Begründung zur Gedenkveranstaltung zum 10. Jahrestag des Nagelbombenanschlags auf der Keupstrasse.**

In Deutschland wurden in den letzten Jahren zahlreiche Anschläge gegen Angehörige von Gruppen mit Migrationshintergrund und auch jüdische Mitbürger verübt. Einige dieser Anschläge haben besondere Symbolkraft gewonnen und sind im Bewusstsein eines Großteils der Bevölkerung präsent. Beispielhaft seien hier die Anschläge von Solingen und Rostock-Lichtenhagen genannt.

Es ist notwendig, diese Ereignisse im Gedächtnis zu behalten und es ist angemessen, ihrer in besonderer Weise zu gedenken. Es erscheint uns richtig und wichtig, dass dieses im lokalen Bezug geschieht. Gerade angesichts der besonderen Perfidie des Anschlages in der Keupstraße und der mangelhaften Aufklärungsarbeit bei diesem Verbrechen halten wir es für angemessen, eine Gedenkveranstaltung in Köln an dieses Ereignis zu knüpfen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei einer Gegenstimme beschlossen

#### **5.1.1 Änderungsantrag zu TOP 5.1 AN/0228/2013**

Siehe Ausführungen unter TOP 5.1

#### **5.2 Antrag auf Prüfung der organisatorischen Zusammenfassung des Themas Integration zu einem Amt für Integration; Berücksichtigung weiterer Unterlagen AN/0187/2013**

Der Vorsitzende Herr Keltek begründet den vorgelegten Antrag. Bezugnehmend auf die Diskussion im Rat über ein ‚Diversity Amt‘ führt er aus, dass er zwar die Funktion eines ‚Diversity Beauftragten‘ nachvollziehen könne, allerdings einer Bündelung der in Rede stehenden Themen in einem ‚Diversity Amt‘ äußerst skeptisch gegenüber stehe. Der vorgelegte Antrag zur Prüfung eines ‚Amtes für Integration‘ orientiere sich eng am inhaltlichen Ziel des von allen Parteien im Düsseldorfer Landtag verabschiedeten ‚Teilhabe- und Integrationsgesetzes‘ und er erinnere die Kölner Parteien daran, den einstimmigen Beschluss ihrer Parteien auf Landesebene zu berücksichtigen. Herr Keltek beschreibt, dass es ihm bei seinem Vorschlag überhaupt nicht darum gehe zusätzliche Stellen einzurichten und Finanzmittel zu fordern, sondern dass er eine effektive Bündelung und Nutzung der bereits vorhandenen Stellen und Strukturen fordere, um einen neuen potenzialorientierten Ansatz der Integrationsarbeit in Köln umzusetzen. Durch diese Effektivierung der Strukturen bestehe die Möglichkeit langfristig Gelder einzusparen.

Herr Keltek sieht die Stadt Köln im Vergleich zu Städten wie München, Stuttgart aber auch Bielefeld sehr schwach bei diesem Thema positioniert. Er verweist auf die in den Unterlagen dargestellten Ausführungen warum ein solches ‚Amt für Integration‘ für eine Stadt wie Köln angesichts des demographischen Wandels von großer Wichtigkeit sei. Seit 20 Jahren kämpfe er darum, dass es in dieser Stadt eine angemessene Struktur der Integrationsarbeit gebe und lehne daher einen Schnellschuss wie die Einrichtung eines ‚Diversity Amtes‘ ab. Aus seiner Sicht werde in Köln eine Integrationsarbeit wie vor 30 Jahren gemacht und er fordere eine potentialorientierte Ausrichtung der inhaltlichen Arbeit und die Effektivierung des Finanzmitteleinsatzes im Bereich Integration.

Herr Keltek warnt davor, angesichts des jetzigen Sparzwangs die bestehenden Teilstrukturen, wie z.B. die des Interkulturellen Referates dauerhaft zu zerstören

RM Frau Laufenberg erklärt mit Verweis auf den Ratsantrag zum ‚Diversity Amt‘, den Antrag von Herrn Keltek abzulehnen.

RM Frau Mucuk erinnert daran, dass dies kein neuer Antrag, sondern lediglich eine weitere ‚Hilfestellung‘ für die prüfende Verwaltung zu dem am 26.11.12 im Integrationsrat bereits verabschiedeten Antrag sei und hält die vergleichenden und begründenden Darstellungen in den Anlagen für sehr gelungen.

Sie erinnert an die dringende Notwendigkeit, jetzt entsprechende Strukturen zu schaffen, um fristgerecht den Antrag auf Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums mit der entsprechenden Landesförderung stellen zu können.

Frau Mucuk bittet darum offen zu lassen, ob eine künftige Struktur als ‚Amt‘ bezeichnet werden solle und dies durch Änderung im Titel des Antrages entsprechend deutlich zu machen.

RM Herr Jung erklärt dem Antrag so nicht zustimmen zu wollen und schlägt vor, ihn die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

RM Herr Detjen sieht die dringende Notwendigkeit, die gemachten Vorschläge mit samt allen zur Verfügung stehenden Informationen in Ruhe zu beraten und hält es für ausgeschlossen, dass bereits mit dem Haushalt 2013/2014 eine Diversity Dienststelle entschieden werden könne. Es sei aus seiner Sicht wichtig die bestehenden Strukturen zu verbessern und nicht diese zu zerstören und er warnt davor Unruhe in die Dienststellen zu bringen. Diese Unruhe habe z.B. im Interkulturellen Referat bereits dazu geführt, dass zwei Mitarbeiterinnen in andere Ämter wechselten.

Der Vorsitzende Herr Keltek hebt noch einmal den ergänzenden Charakter seines Antrages vor. Es gehe ihm auch nicht um die Bezeichnung dieser Dienststelle, sondern um die angemessene Verankerung des Themas. So könne er sich z.B. auch ein Dezernat für Integration vorstellen.

RM Herr Helling sieht die Notwendigkeit einer Klärung, was und welche Strukturen Migranten in der Stadt brauchen und erkennt die aktuelle Gefahr, hier hinter andere Städte zurückzufallen. In Köln sei dies ein hochkomplizierter und mindestens dreiteiliger Prozess:

1. In 2007 erfolgte die Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Diversity Konzeptes. Im Jahr 2010 wurde ein Zwischenbericht vorgelegt. Hier war die Vorstellung entwickelt worden, dass man eine einheitliche und abgestimmte Politik für alle Gruppen machen solle; organisatorisch war die Rede vom Büro der Behindertenbeauftragten, vom Interkulturellen Referat, von der Stabsstelle Gleichstellung und vom Büro Lesben, Schwule und Transgender. Seit 2007 geht es um die Entwicklung eines Konzeptes und einer Organisation; eine Zusammenlegung stand damals noch nicht im Vordergrund. Im September 2012 wurde durch die vier großen Fraktionen im Rat der Beschluss ‚Personelle Ressourcen Stärken – Diversity Management für die Stadt Köln‘ gefasst. Hier sollte über eine einheitliche Organisationsform sowie mögliche Einsparungen nachgedacht werden.

2. Im September 2011 wurde vom Integrationsrat der Prozess einer Prüfung durch die Verwaltung angestoßen, inwieweit das Interkulturelle Referat mit dem vorhandenen Personal ausreichend und gut arbeiten könne. Auch zu diesem Thema liege noch kein Ergebnis der Verwaltung vor. Anknüpfend an diese Themenstellung wurde im November 2012 im Integrationsrat der Gedanken eines Amtes für Integration eingebracht.

3. Seit 2012 gibt es das Thema Einrichtung eines ‚Kommunalen Integrationszentrums‘

gemäß den Vorgaben des Teilhabe- und Integrationsgesetzes.

Laut Herrn Helling komme es jetzt darauf an, dass die wesentlichen Elemente dieser drei Prozesse zusammengefasst werden. Der vorliegende Antrag von Herrn Keltek bzw. dessen Anlagen sollten daher in die o.g. Überlegungen zum Diversity Prozess und zum Kommunalen Integrationszentrum eingespeist werden.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker verweist ausdrücklich auf eine in Vorbereitung befindliche Ratsvorlage zur Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums.

Sie differenziert den Gesamtkomplex in einen inhaltlichen Prozess der Erstellung eines Diversity Konzeptes und die organisatorischen Prüfprozesse einer Organisationseinheit Diversity, einer Organisationseinheit Integration und einer Organisationseinheit Kommunales Integrationszentrum. Dieser Gesamtprozess werde jetzt zusätzlich von der aktuellen Spardiskussion überlagert. Sie weist darauf hin, dass das Organisationsdezernat aktuell entsprechend prüfe und ein Ergebnis noch im ersten Quartal dieses Jahres vorlegen werde.

RM Frau Mucuk hebt im Zusammenhang mit der laufenden Prüfung die Wichtigkeit eines Dialoges von Politik und Verwaltung hervor und rät zu einem gemeinsamen Workshop. Sie plädiert darüber hinaus dafür, auch die öffentliche Meinung in diesen Prozess, evtl. im Rahmen einer Großveranstaltung einfließen zu lassen.

RM Herr Jung schlägt vor, das Prüfergebnis des Organisationsdezernates abzuwarten und deshalb eine Entscheidung über den Antrag zu verschieben oder diesen in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Der Vorsitzende Herr Keltek führt aus, dass unabhängig von einer eventuell übergreifenden späteren Organisationseinheit, jetzt zur Sicherstellung der Landeszuschüsse über einen Antrag beim Land zur Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums entschieden werden müsse.

Inwieweit dieses Kommunale Integrationszentrum zu einem späteren Zeitpunkt an eine andere Organisationseinheit eingegliedert werde, müsse später entschieden werden.

Herr Keltek stellt den Antrag zur Abstimmung mit

- der Änderung der Bezeichnung ‚Amt‘
- und der Aufforderung an die Verwaltung den Inhalt des Antrages in der Prüfung des Beschlusses ‚Personelle Ressourcen stärken – Diversity Management für die Stadt Köln‘ zu berücksichtigen.

### **Beschluss:**

#### **‚Antrag auf Prüfung eines Amtes für Integration, AN 1816/2012‘ - Berücksichtigung weiterer Unterlagen**

‚Der Integrationsrat der Stadt Köln bittet die Verwaltung – in Ergänzung seines Beschlusses vom 26.11.2012 (‚Antrag auf Prüfung eines Amtes für Integration, AN 1816/2012‘) - die beigefügten Unterlagen, bei der Prüfung

- einer organisatorischen Zusammenfassung der in der Stadtverwaltung Köln mit dem Thema Integration und Migration im weitesten Sinne befassten Dienststellen,
- und der Prüfung eines städtischen Diversity Managements

zu berücksichtigen.

#### Anlagen:

- Gedankenpapier zur Notwendigkeit eines ‚Amtes für Integration‘
- Gedankenpapier zu Funktionen und Aufgaben eines ‚Amtes für Integration‘
- Synoptische Darstellung der Organisationsformen eines ‚Amtes für Integration‘ in ausgewählten Städten

- Zusammenfassung interessanter Aspekte aus der synoptischen Darstellung
- Vorschlag einer Organisationsstruktur eines möglichen ‚Amtes für Integration‘ in Köln

### **Begründung:**

Der Integrationsrat hat in seiner Sitzung am 26.11.2012 einen Prüfauftrag an die Verwaltung beschlossen, inwieweit die in der Stadtverwaltung Köln mit dem Thema Integration im weitesten Sinne befassten Dienststellen organisatorisch zusammengefasst werden können. Hierbei sollten die Erfahrungen anderer Städte und die Erkenntnisse der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) berücksichtigt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen bei drei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und einer Gegenstimme der FDP-Fraktion.

## **6 Berichte**

### **6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

Es liegen keine Berichte sachkundiger Einwohner/-innen vor

### **6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet über Verhandlungen des Landesintegrationsrates mit der Landesregierung zur Änderung der Gemeindeordnung § 27 hinsichtlich einer Wahlmöglichkeit von eingebürgerten Personen bei den Integrationsratswahlen. Diese Möglichkeit werde zur Zeit rechtlich geprüft.

## **7 Beschlussvorlagen**

### **7.1 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs für die Jahre 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 und sonstiger Anlagen 0426/2013**

RM Frau Schmerbach schlägt vor diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Auf Nachfrage von IRM Herrn Özkücük ob die Zentrenförderung auch in 2014 gesichert sei, beschreibt die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker, dass für 2014 noch keine konkreten Finanzbeträge vorlägen und zudem noch Änderungen im Veränderungsnachweis zum Haushaltsplanentwurf eingefügt werden würden.

Der Vorsitzende Herr Keltek lehnt die im Haushaltsplanentwurf vorgeschlagenen Kürzungen ab und fordert insbesondere die Interkulturellen Zentren dazu auf, sich hier zu Wort zu melden. Er kritisiert weitere geplante Kürzungen des Kulturdezernates im Bereich ‚Bühne der Kulturen‘ und ‚Interkulturelle Kunstprojekte‘.

RM Herr Jung stimmt dem Vorschlag einer Verschiebung auf die nächste Sitzung zu.

RM Herr Helling befürwortet die Verschiebung und fragt nach, inwieweit im Jahr 2014 Sachmittel für die Integrationsratswahlen berücksichtigt sind (in 2009 waren dies 12.000,- €) und bittet die Verwaltung um Prüfung.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat vertagt eine Entscheidung auf die nächste Sitzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**7.2 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen 0441/2013**

IRM Herr Günes schlägt im Namen der Vorbereitungsrunde das Mitglied Herrn Ekinci zur Wahl als sachkundigen Einwohner vor.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat schlägt dem Rat folgendes Mitglied als sachkundige Einwohnerin / sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vor:

Herrn Mevlüt Ekinci (Liste KIM)

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig benannt

**8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Die Mitglieder des Integrationsrates beschließen die Veröffentlichung einer Pressemitteilung zu den Themen

- ‚Der Integrationsrat fordert die Effektivierung der Integrationsarbeit in der Stadt Köln‘
- ‚Der Integrationsrat beschließt die Durchführung einer Gedenkveranstaltung anlässlich des rassistischen Brandanschlags in Solingen vor 20 Jahren‘.

**9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

RM Frau Mucuk bittet darum, eine im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vorgelegte Mitteilung der Verwaltung zu ‚Personelle Ressourcen stärken – Diversity Management für die Stadt Köln‘ auch im Integrationsrat vorzulegen.

RM Herr Jung bittet um die schriftliche Beantwortung der in der letzten Sitzung von RM Herrn Kara gestellten Frage zur finanziellen Entschädigung der Opfer des Nagelbombenanschlags in der Keupstrasse.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister bestätigt die von RM Herr Detjen in der letzten Sitzung gegebenen Informationen, sagt eine schriftliche Beantwortung zu mit dem Hinweis, dass eine weitere Recherche wegen der unterschiedlichen Kostenträger aufwändig sei.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister berichtet zur Anfrage von Herrn Aydik in der letzten Sitzung zur Einrichtung eines Gebetsraumes am Kölner Flughafen, dass die Flughafenverwaltung angeschrieben worden sei weitere Informationen zur Verfügung zu stellen, allerdings noch keine Rückmeldung vorläge.

Auf Nachfrage von RM Herrn Karaman zum Verfahren bei der Einbürgerung erläutert die Verwaltung Frau Dahmen die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen.

IRM Herr Özkücük bittet um die künftige Berücksichtigung eines Nichtöffentlichen Teils in der Tagesordnung des Integrationsrates.

Das Gremium unterstützt einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung um einen Nichtöffentlichen Teil.

Auf Nachfrage von IRM Frau Kalaman zur Nachfolgeregelung von Frau Fohlmeister erläutert die Verwaltung, dass diese noch nicht feststehe.

RM Herr Helling erkundigt sich zum Sachstand eines Beschlusses im Integrationsrat vom 05.06.2012, in dem der Jugendhilfeausschuss gebeten werden sollte die Jugendverwaltung anzuweisen, die natürliche Sprachkompetenz von städtischen Erzieherinnen und Erziehern auf freiwilliger Basis abzufragen und das Ergebnis mitzuteilen. Der Vorsitzende Herr Keltek kündigt an in dieser Sache die zuständige Beigeordnete Frau Dr. Klein persönlich anzusprechen.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister sagt eine Klärung zu.

Gez.

Tayfun Keltek  
ter  
Vorsitzender

Andreas Vetter  
Geschäftsführung